

UNSERE ZUKUNFT GESTALTEN WIR SELBST – NIE WIEDER ZWANGSDIENST!

Sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages aus NRW,
sehr geehrte Abgeordnete des Landtags Nordrhein-Westfalen,

freiwilliges, werteorientiertes Engagement, Partizipation und demokratische Bildung bilden die Grundlage für Sicherheit, Frieden und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ein Pflichtdienst widerspricht diesem Prinzip und untergräbt echte Freiwilligkeit. Angesichts der aktuellen bundespolitischen Diskussion über die Wiedereinführung von Musterungs- und Einberufungsmechanismen sowie über einen möglichen allgemeinen Pflichtdienst wenden wir uns mit klaren Erwartungen an Sie.

Wir lehnen alle unfreiwilligen Bereitschaftserklärungen, Musterungen und Einberufungsermächtigungen ab. Ein allgemeiner Pflichtdienst – ob militärisch oder zivil – steht im Widerspruch zu Grund- und Freiheitsrechten und zur Idee selbstbestimmter Bürger_innen. Er gefährdet bestehende Engagementstrukturen und löst keine der gesellschaftlichen Herausforderungen, die junge Menschen heute bereits tragen – von Jugendarmut über Fachkräftemangel bis zu den Folgen des Klimawandels.

Wir fordern...

... die Streichung der verpflichtenden Erfassungs- und Musterungsregelungen (§§ 15a, 17, 2a WPflG-E). Junge Menschen dürfen nicht ohne ihre Zustimmung erfasst oder gemustert werden.

... die Streichung der Verordnungsermächtigung zur Einberufung im Frieden (§ 2a WPflG-E) sowie die vollumfängliche Wahrung eines Verweigerungsrechts.

... die Vermeidung aller gesetzlichen Regelungen, die jungen Menschen – insbesondere sozial benachteiligten Gruppen – faktischen Druck zur Entscheidung für den Wehrdienst erzeugen (§ 58c SG-E). Wahlfreiheit darf nicht von sozialer Herkunft abhängen.

... die frühzeitige, verbindliche und dauerhafte Einbindung junger Menschen in alle politischen Vorhaben, die ihre Lebensrealitäten betreffen. Politische Entscheidungen über junge Menschen müssen unter ihrer Beteiligung getroffen werden.

... die Stärkung freiwilligen zivilgesellschaftlichen Engagements durch den Ausbau und eine angemessene finanzielle Förderung der Jugendfreiwilligendienste, durch ein Ende der strukturellen Bevorzugung des Wehrdienstes sowie durch die Einführung eines Rechtsanspruchs auf Freiwilligendienste.

... eine realistische und kritische Aufklärung über Krieg und Wehrdienst sowie ein Ende der Verharmlosung und Gamification in der Bundeswehrwerbung.

... ein Ende aller Rekrutierungs- und Werbeformate der Bundeswehr, die sich an Minderjährige richten – etwa auf dem NRW-Tag 2024 oder der Gamescom. NRW muss die Kinderrechtskonvention achten: Keine Anwerbung von Minderjährigen. Schulen und Jugendverbandsarbeit müssen Orte der Bildung bleiben.

... dass die für die Stärkung der Bundeswehr vorgesehenen Mittel nicht zulasten der ohnehin eingeschränkten Perspektiven junger Menschen gehen, von denen in NRW rund 20 % in Armut leben. Notwendig sind Investitionen in Bildung, soziale Absicherung, Jugendhilfe und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

... dass psychologische und sozialpädagogische Begleitangebote fester Bestandteil sowohl ziviler als auch militärischer Dienste sind. Dazu gehören diskriminierungs- und rassismus-sensible Strukturen sowie wirksame Schutzkonzepte gegen sexualisierte Gewalt.

Als Jugendverbände in NRW stehen wir für Demokratiebildung, Frieden und freiwilliges, wertorientiertes Engagement. Wir erwarten, dass Politik diese Grundlagen stärkt und jeden Schritt in Richtung eines Pflichtdienstes klar zurückweist. Junge Menschen übernehmen bereits heute Verantwortung – für eine gerechte, solidarische und demokratische Zukunft.